

Hitzige Gottenheimer Debatte um Befangenheiten und Sachfragen

Stadtplaner weiß noch nicht, nach welchen Kriterien er das vorgesehene Baugebiet Steinacker/Berg planen soll / Bürgermeisterstellvertreter Rambach befangen

GOTTENHEIM (ms). „Im Vorfeld hatte ich die Befürchtung, ich bekomme einen Planungsauftrag und weiß nicht was ich planen soll“, freute sich Stadtplaner Ulrich Ruppel in der jüngsten Gemeinderatssitzung darüber, dass die Vorgaben für das seit langem vorgesehene Baugebiet Steinacker/Berg konkretisiert werden sollen. Doch nach langer und zum Teil persönlich werdender Diskussion konnten sich die Räte nicht einigen. Die Angelegenheit wurde auf Mittwoch, 21. Juli, 20 Uhr, im Feuerwehrhaus vertagt.

Bürgermeisterstellvertreter Walter Rambach hatte im Vorfeld der Sitzung ein Gespräch mit dem Stadtplaner und Vertretern der Grundstückseigentümer des Baugebietes geführt. Dabei sei, berichtete Rambach, die Auswertung einer

Umfrage unter den Eigentümern vorgestellt und erörtert worden. Die „Eigentümerinitiative Steinacker/Berg“ übergab zudem bei dieser Gelegenheit eine Liste mit ihren Vorstellungen. Daraus hätte Ruppel mit Hilfe der im Herbst verabschiedeten Baulandrichtlinien der Gemeinde einen Bebauungsplanentwurf basteln sollen.

Auch anderen Gemeinderäten missfiel das Vorgehen Rambachs. Lioba Himmelsbach (Frauenliste) erinnerte an die Befangenheitsregel. Schließlich würde ja auch über inhaltliche Vorgaben diskutiert. „Ich muss ihr Verhalten ausdrücklich rügen“ kritisierte Alfons Hertweck (CDU) den Bürgermeisterstellvertreter. „Ich verstehe nicht, warum ich nicht zu dem Gespräch mit den Eigentümern eingeladen war.“ Walter Rambach

hingegen war sich keiner Schuld bewusst: „Ich habe nach bestem Wissen gehandelt. Ich gehe davon aus, noch mindestens bis zum 31. August im Amt zu sein, und das Gespräch war seinerzeit vom Bürgermeister Schwenninger so vereinbart worden“.

Auch die Ergebnisse der Umfrage bereiteten dem Rat Schwierigkeiten. „Wie werden die durchsetzbaren Vorstellungen der Eigentümer definiert“, fragte Birgit Wiloth-Sacherer (SPD) in die Runde. So etwas hätte doch vor der Sitzung vorbereitet werden können. „Wir können die Sache ja auch bis zur nächsten Gemeinderatswahl vertagen“, entgegnete ein verärgertes Walter Rambach. Zumal auch für Alfred Staudinger (NL) und andere Ratsmitglieder einiges unklar war.

Wegen der Befangenheit reduzierte sich das Gremium auf sechs nicht befangene Mitglieder, und Ulrich Ruppel erläuterte die Umfrageergebnisse. Die meisten Teilnehmer wollten, dass die Lage ihrer Grundstücke unverändert bleibe. Zudem sollte möglichst wenig Fläche abgezogen werden. Gering sei die Verkaufsbereitschaft der Eigentümer. Entgegen den Vorstellungen von vor zehn Jahren wollten die meisten nur noch Ein- und Zweifamilienhäuser bauen, erläuterte Ruppel. Es solle eine flächensparende Planung für das Baugebiet erstellt werden. Es sei nicht notwendig, Platz für einen Kindergarten einzuplanen, zudem wünschten sich die Eigentümer die ökologischen Ausgleichsflächen und den Kinderspielplatz außerhalb des Gebietes. „Ich habe Kooperati-

onsbereitschaft gespürt, das Baugebiet Hand in Hand mit der Gemeinde anzugehen“, so Ruppel.

Unklar ist für den Planer die Regelung des Flächenabzugs, ob er eventuell auch in Geld abgeleistet werden kann, die Lage der neuen Baugrundstücke, die Lage der ökologischen Ausgleichsflächen und eines möglichen Kindergartens sowie die Frage nach einer zweiten Hauptschließung. Erst wenn dies alles feststehen könne er, so Ruppel, mit dem Planen beginnen. Anschließend wurden Fragen andiskutiert- zum Teil emotional. Sitzungsleiter Hertweck entzog dem nunmehr befangenen Bürgermeisterstellvertreter mehrmals das Wort, da dieser sich in die Diskussion eingemischt hatte. Um sich besser informieren zu können, stimmte man für Vertagung.